

Bayerngas GmbH:

Klarer Mehrwert für den Kunden

Geschäftsführer Günter Bauer im Gespräch mit der GZ

Der Bayerngas-Konzern ist zurück auf der Erfolgsspur. 2016 strukturiert er sich neu und entwickelt sich zur Lösungsplattform für Energie. Welche Überlegungen diesem Schritt zugrunde liegen, darüber informierte Geschäftsführer Günter Bauer im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Herr Bauer, wie sieht die geplante Neustrukturierung konkret aus?

Bauer: Die Bayerngas GmbH wird Mitte des Jahres ihre Tochterunternehmen Bayerngas Vertrieb GmbH und Bayerngas Energy Trading GmbH verschmelzen. Der Name des zusammengeführten Unternehmens wird Bayerngas Energy GmbH sein. Ihr Profil ist eindeutig: Wir entwickeln uns zu einer Lösungsplattform für Energie, für physische Lieferung und hochwertige Dienstleistungen. Die Geschäftsführung der Gesellschaft teilen sich Dr. Thomas Rupprich, bisher Geschäftsführer der Bayerngas Energy Trading GmbH. Vor kurzem erst haben wir den neuen Namen und für was er steht auf der E-world in Essen bekanntgegeben.

GZ: Was hat Sie zu diesem Schritt bewegt?

Bauer: Den Überlegungen von Bayerngas liegen zwei Marktentwicklungen zugrunde: Erstens die immer weitergehende Komplexität im Markt mit dem Wunsch und der Notwendigkeit bei den Kunden, sich auf das eigentliche Kerngeschäft fokussieren zu wollen und zweitens das Bedürfnis nach persönlicher Betreuung und entsprechend flexiblen Lösungen. Da der Blickwinkel auf den Kunden nun breiter wird, eröffnen sich

für unser Unternehmen und unsere Kunden neue Chancen, unser Lösungsportfolio zu ergänzen. Die Produktgestaltungsalternativen steigen. In Zeiten enger Margen ist es enorm wichtig, dass die Entwicklung kundengerechter Lösungen zeitgerecht gelingt.

GZ: Der Einkauf hochwertiger Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen hat sich als sinnvoll erwiesen. „Bayerngas Energy“ positioniert sich als Partner für diese Dienste. Was ist der Kern seiner Leistungen?

Bauer: Unser Unternehmen hat einen kommunalen Hintergrund und lebt entsprechend von der langfristigen, nachhaltigen Beziehung zum Kunden, die sich aus einem guten Service und einer optimalen Beratung nährt. Die kurzfristige Gewinnoptimierung ist für uns kein Geschäftsmodell.

Kern unserer Leistungen ist die Schaffung von Mehrwert für den Kunden. Gerade weil Prozesse, Gesetzestexte und Regularien stetig und durchdringlicher werden, sind Fairness und partnerschaftliche Geschäftsbeziehungen auf Augenhöhe unverzichtbar. Für uns gilt deshalb mehr denn je: Der Mensch, das komplexeste Element jeder Organisation, wird zum Erfolgsfaktor, indem er sein Wissen und seine Erfahrung anderen anbietet. Er wird zum Komplexitätsmanager.

GZ: Welche speziellen Fachthemen werden Sie anbieten?

Bauer: Eine wichtige Säule bei der Entwicklung von Energie-Lösungen ist beispielweise die Verdichtung und Aufbereitung von Markt- bzw. Preisinformationen. Wir bieten sowohl Methoden und Berechnungsmethoden als auch umfassendere Preisinformationen an.

GZ: Das Zauberwort lautet Kundenbindung. Zusätzlich zu ihren Gasprodukten wurden vermehrt Stromprodukte nachgefragt, um Energie aus einer Hand zu erhalten. Ihre Meinung?

Bauer: Diesen Wunsch unserer Kunden haben wir aufgenommen. In Folge dessen haben wir, wie Mitte 2015 angekündigt, den Aufbau eines Stromvertriebs vorangetrieben. Bereits seit Beginn dieses Jahres liefern wir den ersten Gas-Bestandskunden nun auch Strom. Analog zum Gas werden wir jetzt ein entsprechendes Stromdienstleistungsportfolio aufbauen.

Im Übrigen ist auch die 2015 angekündigte Belieferung ausländischer Standorte von Gas-Bestandskunden erfolgreich gestartet: Wir liefern bereits Gas in die Niederlande und nach Belgien. Diese gewachsene Marktverankerung der Bayerngas ist das Feld, auf dem die neuen Produkte und Dienstleistungen wachsen können. Mit der Aufnahme von Stromprodukten und der Belieferung ausländischer Standorte haben wir zusätzliche Flexibilität generiert, die für unsere Kunden effizienzsteigernd wirkt. An die-

sem Punkt wird „Bayerngas Energy“ nahtlos anknüpfen.

GZ: Durch den Speicherbetrieb leistet Bayerngas einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Ist dieser Betrieb rentabel? Wie sieht es mit der Krisenvorsorge aus?

Bauer: Ja, wir leisten diesen Beitrag. Versorgungssicherheit wird den Speicherbetreibern innerhalb der aktuellen Marktssystematik jedoch nicht vergütet. Wir haben es mit einer Entkopplung zu tun: Händler betrachten einen Speicher lediglich als Instrument, um auf Preisbewegungen reagieren zu können. Als Unternehmen, das auf mehreren Wertschöpfungsstufen tätig ist, ist unser Blick aber auch auf das große Ganze gerichtet. Grundsätzlich kämpfen wir für eine strategische Reserve. Und das aus gutem Grund, denken wir nur an Februar 2012 zurück, als der Süden einer ernststen Engpasssituation ausgesetzt war.

GZ: Als „Heilsbringer“ in der Energiedebatte fällt auch immer wieder der Begriff „Power2Gas“. Was halten Sie von dieser Idee?

Bauer: Bei den derzeitigen Preissignalen ist dieser Prozess absolut unwirtschaftlich. Ohne Subventionen ist ein derartiges Projekt im großtechnischen Stil für niemanden attraktiv.

Prinzipiell aber ist die Idee eine Zukunftsoption. Pilotanlagen gibt es ja bereits.

GZ: Die Bayerische Staatsregierung hat in Verhandlungen erreicht, dass zusätzliche Gaskraftwerke im Freistaat entstehen können. Ist das nicht ein Signal dafür, dass Gas langfristig als Partner der Erneuerbaren gesehen werden kann?

Bauer: Erdgas schließt einen Teil der Lücke, die durch das Abschalten von Atomkraftwerken bis 2022 entsteht und gleicht zudem die hohen Schwankungen bei der Einspeisung von Wind- und Sonnenenergie aus. Ein Gaskraftwerk ist aus technischer Sicht ideal. Die bayerische Staatsregierung hat sich dafür stark gemacht. Dies begrüßen wir sehr.

GZ: Kommen wir noch zu einem aktuellen Projekt: Bayerngas erkundet in Brandenburg Erdgasvorkommen. Von dem Ergebnis macht das Unternehmen eine mögliche Förderung abhängig. Wie ist der Stand der Dinge?

Bauer: Seit 2013 wurden zahlreiche Untersuchungen und Analysen durchgeführt. Derzeit werten wir die Daten aus. Wie es weitergeht, wird sich im Laufe dieses Jahres entscheiden.

GZ: Die Bayerngas GmbH ist Ende vergangenen Jahres aus dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ausgetreten. Können Sie die Gründe darlegen?

Bauer: Wir haben damit die Konsequenz aus der fehlenden Unterstützung bei gaswirtschaftlichen Themen und der schwachen Wirkung des Verbandes bei der Verankerung der Gaswirtschaft als wichtige Stütze einer zukunftsfähigen Energiepolitik gezogen.

Bayerngas ist eines der wenigen deutschen Unternehmen, das auf allen Wertschöpfungsstufen Gas tätig ist. Deshalb sucht es auch nach übergreifenden Lösungen. Angesichts der zunehmenden regulierungs- und marktbedingten Segmentierung des Energiegeschäfts ist es dem BDEW aus unserer Sicht jedoch nicht gelungen, die Breite der Branche zu spiegeln und die Interessen über die einzelnen Wertschöpfungsstufen hinweg schlagkräftig zu vereinen.

GZ: Herr Bauer, wir danken für das Gespräch. DK



Constanze von Hassel (Bayerische Gemeindezeitung) gemeinsam mit Günter Bauer (Bayerngas).

Weltweite Erhebung:

Zahl der Elektroautos auf 1,3 Millionen gestiegen

Neue ZSW-Analyse: Produktion wächst 2015 um fast 70 % auf 550.000 Pkw - Stärkstes Wachstum in China

Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) hat in seiner neuesten Analyse beträchtliche Zuwächse bei der Elektromobilität festgestellt. Den Erhebungen der Forscher zufolge hat sich die Zahl der Elektroautos rund um den Globus auf nunmehr etwa 1,3 Millionen nahezu verdoppelt.

Während China mit über 200.000 Neufahrzeugen im vorigen Jahr den deutlichsten Anstieg verzeichnet, können die USA mit mehr als 400.000 E-Fahrzeugen auf der Straße nach wie vor auf den insgesamt höchsten Bestand verweisen. Deutschland liegt indes mit insgesamt 55.250 E-Autos weiterhin abgeschlagen hinter Nationen wie Japan, Niederlande, Norwegen und Frankreich.

Von knapp 750.000 auf rund 1,3 Millionen ist die Zahl der elektrisch betriebenen Pkw weltweit im letzten Jahr gestiegen. Zu diesem Gesamtergebnis kommt das ZSW in seinen aktuellen Auswertungen zur Elektromobilität. Die Forscher verzeichneten 2015 rund 550.000 Neuzulassungen; ein Zuwachs von 68 % im Vergleich zum Vorjahr, als noch 330.000 neue Elektrofahrzeuge verkauft wurden. Ein bedeutender Teil der neuen E-Autos rollt über Chinas Straßen: gut 207.000. Damit hat sich der Bestand an E-Fahrzeugen im Reich der Mitte auf 307.000 etwa verdreifacht. Die meisten Elektroautos sind mit insgesamt 410.000 in den Vereinigten Staaten gemeldet.

Norwegen ist Vorreiter

Bezogen auf den Anteil der Elektromobilität am gesamten Fahrzeugbestand verteidigt Norwegen seine internationale Vorreiterrolle: Rund 3 % aller etwa 2,64 Millionen Autos in dem skandinavischen Land fahren mit Strom. Zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Anteil bei nur 0,12 Prozent. Der Bestand hat sich in Norwegen zudem auf etwa 79.000 fast verdoppelt; jede 5. Neuzulassung im vorigen Jahr war ein Elektrofahrzeug.

Während Kunden in anderen Ländern, wie beispielsweise China, Japan und Frankreich, seit Langem überwiegend heimische Modelle kaufen, zeigt sich nunmehr auch in Deutschland ein positiver Trend - dank einer wachsenden Anzahl von deutschen Modellen: Von den 2015 in Deutschland verkauften 23.460 Elektrofahrzeugen stammt gut die Hälfte von deutschen Herstellern. Mit dem BMW i3 gehört erstmals auch ein deutsches Fabrikat zu den weltweit meistverkauften E-Autos (36.550 im Bestand). Der Nissan Leaf führt diese Statistik mit 193.260 verkauften Stückzahlen seit 2010 an.

Bei den Neuzulassungen 2015 hat das Model S von Tesla mit 42.730 verkauften Fahrzeugen die Spitzenposition übernommen. Damit landet der US-amerikanische Autobauer noch vor den Japanern Mitsubishi Outlander (41.080) und Nissan Leaf (40.270). Mit 31.900 verkauften BYD Qin zählt nun erstmals auch ein chinesischer Hersteller zu den Marktführern.

„Die Zahl von 550.000 produzierten Elektrofahrzeugen im letzten Jahr zeigt deutlich, dass die Industrialisierung in Schwung gekommen ist“, sagt Prof. Werner Tillmetz, ZSW-Vorstandsmitglied und Leiter des Geschäftsbereichs Elektrochemische Energietechnologien. „Bei den anhaltend hohen Wachstumsraten gewinnt die Wertschöpfung rund um die Elektromobilität schnell an Bedeutung. Als Wirtschaftsstandort, der sehr stark von der Automobil- und deren Zulieferindustrie geprägt ist, dürfen wir in Deutschland den Anschluss nicht verpassen. Schlüsseltechnologien der Elektromobilität wie die Lithium-Ionen-Batterie müssen ihren Platz im deutschen Produktionsportfolio finden“, so Tillmetz weiter.

Der Straßenverkehr basiert seit vielen Jahren unverändert zu etwa 95 % auf fossilen Kraftstoffen mit all den damit zusammenhängenden Problemen für Umwelt und Klima. Elektrische Mobilität soll dazu beitragen, diese Probleme zu entschärfen. „Unsere Berechnungen ergeben, dass lediglich 1,7 Prozent des 2015 in Deutschland erzeugten Ökostroms ausreichen würden, um eine Million Elektrofahrzeuge zu betreiben“, erklärt ZSW-Wissenschaftler Andreas Püttner. „Und jeder kann bereits heute in Deutschland Ökostrom beziehen, auch für sein Elektroauto, und damit eine Energiewende im Verkehrssektor herbeiführen“, so der Experte abschließend.

Erfasst haben die ZSW-Forscher Autos mit batterieelektrischem Antrieb, Range Extender und Plug-In Hybride. Nicht mitgezählt wurden Krafträder, Lkw und Busse sowie Full- und Mild-Hybridfahrzeuge. Die Auswertung basiert unter anderem auf Daten des Kraftfahrt-Bundesamts sowie internationaler Behörden und Verbände.

Die zugrunde liegenden Daten und Zeitreihen zu den Fahrzeugmodellen, Neuzulassungen und zum Bestand in den einzelnen Staaten sind zu finden unter: www.zsw-bw.de

BDEW begrüßt erstmalige Definition kritischer Infrastrukturen

Vor kurzem fand im Bundesinnenministerium die Anhörung zur geplanten Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen (BSI-KritisV) statt. Die Verordnung legt fest, welche Anlagen als kritische Infrastruktur einzustufen sind. Betreiber solcher Infrastrukturen müssen gemäß IT-Sicherheitsgesetz Mindestsicherheitsstandards einhalten und bestimmte Meldepflichten erfüllen.

Anlässlich der Anhörung sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer: „Der BDEW begrüßt, dass mit der Verordnung erstmals definiert wird, was eine kritische Infrastruktur im Sinne des IT-Sicherheitsgesetzes ist. Mit der Verordnung leistet Deutschland seinen Beitrag zu einheitlichen Standards und Meldepflichten. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Energie- und Wasserinfrastrukturen wirksam vor Cyber-Attacken zu schützen. Für den Bereich Wasser und Abwasser arbeiten wir mit Hochdruck im Branchenarbeitskreis des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik an den spezifischen Mindeststandards, die den Stand der Technik darstellen sollen. Die Standards werden auf internationalen und nationalen technischen Regelungen und Entwicklungen basieren. Zusätzlich bereiten die Regelwerkssetzer für Wasser und Abwasser, DVGW und DWA, spezielle Merkblätter für den Schutz der IT-Sicherheit vor. Diese stellen eine Anbindung an das technische Sicherheitsmanagement in der Branche her. IT-Schutz ist heute ein wesentlicher Teilaspekt des Gesamtschutzes der Anlagen.“

Nachbesserungsbedarf sieht Weyand allerdings noch mit Blick auf die Energiewirtschaft: „Für den Energiesektor sollte, wie für andere Wirtschaftsbereiche auch, eine Übergangsfrist von sechs Monaten gelten, bis die Meldepflichten für IT-Sicherheitsvorfälle greifen. Es ist nicht verständlich, warum nur für diesen Bereich keine Übergangsfristen gelten sollen. Außerdem sollten die Schwellenwerte, ab wann eine Anlage als kritische Infrastruktur gilt, insbesondere im Sektor Gas für Förderanlagen und Netze auf Grundlage des tatsächlichen Gasverbrauchs auf 5.750 GWh erhöht werden.“

Schwellenwerte erhöhen

Wie Weyand zudem bemerkte, „sollten auch die Schwellenwerte für Gasspeicher aufgrund der saisonalen Schwankungen der Speichernutzung erhöht werden. Angemessen wäre hier ein Schwellenwert für die Kapazität von 11.500 GWh. Um die Anwendbarkeit für die Praxis zu gewährleisten, muss die Verordnung zudem die bereits etablierten energiewirtschaftlichen Be-

griffe verwenden. Im derzeitigen Entwurf der Verordnung ist das noch nicht immer der Fall.“

Hintergrund

Betreiber Kritischer Infrastrukturen aus dem Energie-, Wasser- und Abwasserbereich werden im Zuge des IT-Sicherheitsgesetzes zur Umsetzung von IT-Sicherheitsmindeststandards und zur Meldung von IT-Sicherheitsvorfällen an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) verpflichtet. Das Gesetz selbst adressiert jedoch nur allgemein die entsprechenden Sektoren. Erst durch die BSI-KritisV wird konkret bestimmt, welche Einrichtungen, Anlagen oder Teile von Anlagen die oben genannten Standards und Meldepflichten zu erfüllen haben.

Betroffen sind im Energiesektor Betreiber von Strom-/Gasnetzen, Kraftwerken, Gasspeichern und auch Direktvermarkter. Im Wassersektor sind hauptsächlich Betreiber von großen Trinkwasserversorgungsanlagen und Wassernetzen betroffen. Im Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft sind rund 110 Energieversorgungsunternehmen und rund 25 Wasserversorgungsunternehmen als kritische Infrastrukturbetreiber von der Verordnung erfasst und damit über 90 Prozent der betroffenen Unternehmen in dem Sektor Energie und Wasser organisiert. □